

**Landesverband  
Mecklenburg – Vorpommern**



**Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 20.09.2026**  
**Wahlprogramm**

***Mit Liebe zur Wahrheit - damit es vorwärts geht***

**Bündnis C**  
**Landesverband Mecklenburg – Vorpommern**

Postfach 11 05, 19251 Boizenburg

[lavo-mv@buendnis-c.de](mailto:lavo-mv@buendnis-c.de)

<https://mecklenburg-vorpommern.buendnis-c.de>

[www.buendnis-c.de](http://www.buendnis-c.de)

## Inhaltsverzeichnis

|       |                                                         |    |
|-------|---------------------------------------------------------|----|
| I.    | Präambel.....                                           | 3  |
| II.   | Freiheit und Menschenrechte .....                       | 4  |
| III.  | Christliche Werte stärken.....                          | 5  |
| IV.   | Ehe und Familie .....                                   | 6  |
| V.    | Familien-Mainstreaming statt Gender-Mainstreaming ..... | 8  |
| VI.   | Schutz des Lebens sichern .....                         | 9  |
| VII.  | Bildung stärken.....                                    | 10 |
| VIII. | Meinungsfreiheit stärken .....                          | 12 |
| IX.   | Schutz der Bevölkerung.....                             | 13 |
| X.    | Gesundheit und Soziales .....                           | 15 |
| XI.   | Naturschutz – die Schöpfung bewahren .....              | 16 |
| XII.  | Klimawandel und Energiewirtschaft .....                 | 18 |
| XIII. | Wirtschaft und Steuern .....                            | 19 |
| XIV.  | Europa und EU .....                                     | 21 |
| XV.   | Außenpolitik und Verteidigung .....                     | 22 |

## **I. Präambel**

### **In Verantwortung vor Gott und den Menschen: Einigkeit und Recht und Freiheit**

Die Würde und Person des Menschen sind unantastbar, ungeachtet seines Alters, seiner Gesundheit, seines Ansehens, seiner Leistung, seiner Herkunft oder seines Geschlechts. Der Staat hat hier eine umfassende Schutzpflicht. Besonders nötig ist dies für jene Menschen, die schwach oder benachteiligt sind. Gerade auch für sie wollen wir eine Stimme sein. Dies gilt vor allem für Kinder. Unsere Gesellschaft ist aufgerufen, ihre kinderfeindlichen Einstellungen zu ändern. Auch Behinderten und alten Menschen muss Wertschätzung in unserer Gesellschaft zuteilwerden.

### **Politik für Freiheit in Verbundenheit**

Wir lieben Deutschland und schätzen, was in Jahrzehnten Frieden gewachsen ist. Ideologisch einseitige Antworten spalten unser Land und unseren Kontinent zwischen einer links-grünen Lobby und konservativen Kräften, zwischen Globalisten und Nationalisten, Wirtschaft und Sozialstaat, Einheimischen und Fremden, Arm und Reich.

Bündnis C tritt mit politischen Lösungen aus christlicher Perspektive in diese Risse. Grundprinzip unseres biblisch fundierten Ansatzes ist der Relationismus, eine beziehungsorientierte innovative Politik- und Wirtschaftsphilosophie als Antwort auf gescheiterte Gesellschaftsmodelle des Kapitalismus und des Sozialismus. Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität erhalten ihre wahre Bedeutung nur im Kontext von Beziehungen – mit anderen Menschen und mit Gott. Wo die Linke mehr „Gleichheit“ schaffen und die Rechte „Selbstbestimmung“ erhalten will, erschließt ein beziehungsorientiertes Denken das Potenzial von Brüderlichkeit als Herzstück von Europas jüdisch-christlicher Tradition. Brüderlichkeit im Sinne von fair und effektiv gestalteten Beziehungen auf institutioneller Ebene hat bereits die sozialen Neuerungen inspiriert, die Europa der Welt gebracht hat, wie demokratische Regierungssysteme, Rechtsstaatlichkeit und die Konzeption der Menschenrechte.

Weder der westlich-liberale Individualismus noch ein neu-sozialistischer Kollektivismus erhalten den gesellschaftlichen Frieden. Wir brauchen mehr als je zuvor ausbalancierte Beziehungen zwischen Rechten und Pflichten, Freiheit und Verantwortung, Wettbewerb und Kooperation. Ein politischer und ökonomischer Ansatz, der eine beziehungsorientierte Infrastruktur aufbaut statt ideologischer Fronten, kann der Schlüssel für unsere Zukunft sein. Die gegenwärtige Krise ist der Zeitpunkt für Reformen der politischen, Wirtschafts- und Sozialsysteme.

Bündnis C hat sich 2015 aus den Vorgängerparteien PBC und AUF-Partei gebildet. Seit 1989 arbeiten wir als christliche Parteien an politischen Antworten auf der Basis biblischer Prinzipien für Deutschland und Europa.

## **II. Freiheit und Menschenrechte**

### **Die Würde des Menschen ist unantastbar**

Die Corona-Krise hat den Lebensschutz unter verändertem Blickwinkel ins Zentrum staatlichen Handelns gestellt. Die Würde des Menschen begründet kein Recht auf Gesundheit, aber das Recht auf Leben von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod. Sie schließt die Verantwortung des Menschen als Beziehungswesen für seine Mitmenschen ein. Das Recht auf Selbstbestimmung steht nicht über dem Lebensrecht von Kindern. Freiheitsrechte sind zugleich Pflichten, sie Andersdenkenden zu gewähren. Religions-, Meinungs- und Gewissensfreiheit gründen in der Ethik der Bibel und sind konstituierend für den freiheitlichen Rechtsstaat. Die Aushöhlung der Grundrechte setzt Menschen staatlicher Willkür und extremistischer Gewalt aus.

Der Staat hat keine Gesinnungen zu verfolgen, sondern Straftaten. Hass kann man nicht durch Ausgrenzen, Moralisieren und Löschen bekämpfen, sondern in Beziehungen zu Andersdenkenden überwinden.

### **Recht auf Leben und Freiheit wiederherstellen:**

Dazu fordern wir:

- keine Leihmutterschaft: Kinder haben ein Recht auf ihre leiblichen Eltern; sie sind keine Handelsware
- keine Legalisierung von Suizidbeihilfe
- eine würdevolle Sorge für ältere und behinderte Menschen
- Menschenhandel, Prostitution und Zwangsarbeit unterbinden
- eine internationale Zusammenarbeit gegen Kinderpornografie

### **III. Christliche Werte stärken**

*„Demokratie wird entweder christlich sein oder es wird sie nicht mehr geben. Eine anti-christliche Demokratie wird eine Parodie sein, die entweder in Tyrannei oder Anarchie versinkt.“*

*(Robert Schuman, Gründervater der Europäischen Union)*

#### **Das christliche Menschenbild: Gesundheit leiblich, seelisch, geistlich erhalten**

Die Identität Deutschlands ist geprägt durch die Geschichte, die deutsche Sprache, unsere Kultur und vor allem das christliche Menschenbild und die christliche Ethik. Nur wer seine eigenen Wurzeln kennt, kann die Herausforderungen der Zukunft annehmen, ohne seine Identität zu gefährden. Das Christentum war und ist die Grundlage für den freiheitlichen und ethischen Rechtsstaat.

„**Freiheit**“ betrifft die Unantastbarkeit der Person und ihres Eigentums, sowie die Freiheit des Gewissens, die Freiheit des Wortes und den Vorrang des besseren Arguments. Sie betrifft die Loyalität gegenüber dem Staat, der diese Freiheit zu schützen hat.

Freiheit wird verschwinden, wo akzeptiert wird, dass der Staat in die Privatsphäre eingreift, auf die Kindererziehung oder die Gesinnung seiner Bürger Einfluss nimmt, wo er zu hohe Steuern und Abgaben fordert und immer mehr Zuständigkeiten an sich zieht. Freiheit erfordert, den Bürgern mehr zu vertrauen als dem Staat.

„**Ethik**“ betrifft die feste Ordnung, in deren Rahmen die menschliche Gemeinschaft dauerhaft gedeihen kann. Ethische Prinzipien sind Redlichkeit, Verantwortung vor Gott und den Menschen, Nächstenliebe, Gerechtigkeit, Genügsamkeit, Selbstbeherrschung, Fleiß und Friedfertigkeit.

Zur ethischen Ordnung eines Gemeinwesens gehören die Ehe von Mann und Frau und die darauf gründende Familie, sowie die Würde und Freiheit des Menschen. Ethische Prinzipien stehen über aller staatlichen Ordnung und Gesetzgebung. Staat und Politik haben diese Prinzipien zu achten und die Gesetzgebung daran auszurichten.

## IV. Ehe und Familie

### Die Säulen der Gesellschaft

In der Verbindung eines Mannes und einer Frau beginnt jedes menschliche Leben. Die Familie aus der Ehe von einem Mann und einer Frau und deren Kindern ist die grundlegende soziale Einheit, aus der alle anderen Beziehungen in der Gesellschaft hervorgehen. Die Rechte der Familie sind unveräußerlich und dürfen nicht dem staatlichen Zugriff oder den Interessen Einzelner geopfert werden. Wir schützen und fördern Familien statt Individualismus. Die Corona-Krise hat die unentbehrliche Bildungs- und Sozialverantwortung der Familien deutlich gemacht. Familienarbeit muss der Erwerbsarbeit von Eltern gleichgestellt werden. Nur eine beziehungs-, bildungs- und leistungsfähige nächste Generation kann langfristig unseren Fachkräftemangel ausfüllen, die Wirtschaftskraft erhalten und unserem Land eine Zukunft geben.

Artikel 6 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sagt unmissverständlich: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Staates.“ Die Familie ist dabei eine Abstammungsgemeinschaft, die mehrere Generationen umfasst: Großeltern, Eltern und Kinder. Bündnis C tritt daher entschieden für die Belange von Familien, alten Menschen, Eltern und Kindern ein. Es ist unsere Pflicht, alte Menschen wertzuschätzen und insbesondere die eigenen, alt gewordenen Eltern und Großeltern zu versorgen. Die Familie ist der beste und natürliche Ort der Betreuung und Pflege der Alten.

Bündnis C fordert eine konsequente Umsetzung des vom Grundgesetz vorgegebenen besonderen Schutzes von Ehe und Familie. Die Begriffe der Ehe und der Familie dürfen dabei nicht ideologisch umgedeutet werden. Jede staatliche oder steuerliche Benachteiligung von Familien ist zu beenden. Insbesondere dürfen Eltern nicht benachteiligt werden, wenn sie ihre Kinder selbst erziehen.

Familien müssen gestärkt werden, damit sie wieder ihre unverzichtbaren sozialen Aufgaben erfüllen können:

- Pflege und Erziehung der eigenen Kinder und die Weitergabe von Werten und Überzeugungen durch die Eltern an die kommenden Generationen und
- wo es möglich ist: die Pflege der Senioren.

Wir wollen Familie in Selbstbestimmung und Eigenverantwortung, ohne Gängelung oder ideologische Beeinflussung durch den Staat.

Allein die auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau ist das Fundament für eine intakte Familie und für die Erziehung von Kindern. Sie ist die Keimzelle des Gemeinwesens. Deshalb gebührt ihr besonderer Schutz, sowohl steuerlich als auch rechtlich. Auf Basis der biblischen Botschaft verstehen wir die „Ehe“ ausschließlich als eine Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau. Eheähnliche Verbindungen und sogenannte Lebenspartnerschaften zwischen gleichgeschlechtlichen Personen können der Ehe von Mann und Frau nicht gleichgestellt sein.

Dem Muttersein muss wieder deutlich mehr Wertschätzung entgegengebracht werden. Eine Verächtlichmachung von mütterlicher Erziehungstätigkeit und eine verbale Entmündigung von Eltern durch die Politik der letzten Jahre sowie begleitende familienfeindliche Entscheidungen haben zu einer demographischen Katastrophe in unserem Land geführt.

Eltern müssen daher in ihrer Erziehungsverantwortung auch finanziell gestärkt werden. Wir wollen einen angemessenen finanziellen Ausgleich für die Erziehungsleistung von Eltern und

Familien schaffen. Wir fordern die Abschaffung des unsozialen Elterngeldes und die stufenweise bundesweite Einführung eines einheitlichen Erziehungsgehaltes pro Kind von der Geburt bis zum Schulbeginn. Der Anspruch darauf soll bis zu einer festzulegenden Einkommensgrenze der Eltern bestehen.

Wir schätzen das Engagement von Erzieherinnen und Erziehern in den Kindertagesstätten. Ein kostenloser Kita-, insbesondere Krippenplatz bietet jedoch keinen Ersatz für die Fürsorge der Eltern.

Mütter oder Väter müssen in der Lage sein, ohne finanzielle Benachteiligung ihre ganze Liebe und Kraft in die Erziehung ihrer Kinder zu investieren.

Die einseitige Finanzierung von Betreuungseinrichtungen durch den Staat entfällt entsprechend. So haben Eltern eine wirkliche Wahlfreiheit. Eltern sind finanziell so auszustatten, dass sie ihre Kinder selbst erziehen oder eine Betreuungseinrichtung finanzieren können.

### **Familie im Mittelpunkt von Politik und Gesellschaft:**

- Jede Gesetzgebung soll an ihren Effekten auf Familien geprüft werden
- das elterliche Erziehungsrecht stärken – keine gesonderten „Kinderrechte“ ins Grundgesetz, weil Kinder – wie jeder Mensch – bereits im Grundgesetz geschützt sind
- Erziehungsgehalt statt Kita-Subventionen
- Pflegegehalt für die Versorgung Angehöriger
- Schaffung von möglichst flexiblen, familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen.
- die kommunale Ebene für regionale Wirtschaftsplanung, Beschaffung von Kapital und die Verteilung von Sozialleistungen stärken.

## **V. Familien-Mainstreaming statt Gender-Mainstreaming**

*„Wir werden nicht klüger ohne zu verstehen, dass wir eine Menge Fehler begangen haben.“  
(Friedrich August von Hayek, österreichischer Nationalökonom, Sozialphilosoph und Nobelpreisträger)*

Bündnis C lehnt eine ideologisch motivierte, gegen die Natur des Menschen gerichtete Politik, welche die natürlichen Unterschiede zwischen Mann und Frau ganz oder teilweise ignorieren oder die natürliche Ordnung ins Gegenteil verkehren möchte, entschieden ab. Zu nennen sind hier künstliche Frauen- oder Männerquoten in Politik und Wirtschaft oder die Ideologie des so genannten Gender-Mainstreamings.

Das so genannte „Gender-Mainstreaming“ setzt an Stelle der natürlichen, zweifältigen (binären) und schöpfungsgemäßen Geschlechtlichkeit des Menschen eine Vielzahl künstlich sozial konstruierter Geschlechter („gender“), auf deren soziale Gleichstellung die Politik und manche Medien mittels Zwangsmaßnahmen und Manipulation hinwirken („Mainstreaming“). Diese ideologischen Bestrebungen führen zu einer Zerstörung von menschlichen Identitäten, Ehen und Familien und schließlich zu einer Zerrüttung des Gemeinwesens.

Nach dem Zusammenbruch totalitärer Regime (wie zum Beispiel 1945 in Deutschland) hat sich die Gesellschaft vor allem dadurch schnell regenerieren können, weil vielfach noch intakte Familienbeziehungen bestanden. Wenn ein politisch-ideologisches System aber die familiäre Basis des Gemeinwesens zerstört, ist eine solche Krisenresistenz nicht mehr zu erwarten.

Die Indoktrination der Bevölkerung durch den Staat mittels einer ideologisch motivierten, der Natur des Menschen entgegen gerichteten, also menschenfeindlichen sog. Gleichstellungspolitik ist unverzüglich und auf allen Ebenen zu stoppen und rückgängig zu machen. Dem steht das Ziel einer Beseitigung von ungerechtfertigter Ungleichbehandlung und die Gewährleistung von Gleichberechtigung nicht entgegen.

Unsere Forderungen für unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern:

- Alle staatlichen Stellen werden aufgefordert, sich beim Verfassen von Schriftstücken an die anerkannten Regeln der deutschen Sprache zu halten.
- Im schulischen und Hochschulalltag und insbesondere bei schriftlichen und mündlichen Prüfungen dürfen Schüler und Studenten nicht zur Anwendung der sogenannten Gender-Sprache verpflichtet werden.
- Punktabzüge für die Nicht-Verwendung der sog. Gender-Sprache lehnen wir entschieden ab.
- Für evtl. sog. gender-studies an den Hochschulen des Landes – ausgenommen in den medizinischen Fakultäten - erfolgt keine finanzielle Förderung des Landes.

## **VI. Schutz des Lebens sichern**

*„Gut ist, Leben zu erhalten, zu fördern und zu einem höchsten Wert zu steigern; böse ist, Leben zu vernichten, zu schädigen und in seiner Entwicklung zu hemmen.“*

*(Albert Schweitzer, deutscher Arzt, Philosoph, Theologe, Musikwissenschaftler)*

Eine der wichtigsten Aufgaben des Staates sehen wir im wirksamen Schutz des Lebensrechts eines jeden Menschen vom Augenblick seiner Empfängnis bis zu seinem natürlichen Tod.

Das Lebensrecht des Kindes im Mutterleib ist durch den Staat genauso zu schützen wie das Lebensrecht eines jeden anderen Menschen. Flankierend muss die Bevölkerung wieder darüber aufgeklärt werden, dass jeder Mensch von der Zeugung an ein Mensch ist, dem ein Recht auf Leben und Menschenwürde zusteht.

Adoptionsverfahren sind zu vereinfachen. Ein Adoptionsrecht durch gleichgeschlechtliche Paare lehnen wir zum Schutz der Kinder ab.

Unsere Forderungen für unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern:

- Deutliche finanzielle und personelle Verstärkung von Schwangerschaftsberatungsstellen, die nachweislich „pro Geburt“ beraten. Einführung eines Qualitätsmanagements für Beratungsstellen.
- Einrichtung eines finanziellen Sonderfonds für Schwangere in Not, damit diese sich nicht aus finanziellen Gründen zur Abtreibung gezwungen sehen.
- Vereinfachung des Adoptionsverfahrens, damit schwangeren Frauen schon während der Schwangerschaft dieser Weg aufgezeigt werden kann.
- Finanzielle Prämien z.B. für Frauen, die ihr erstes Kind vor dem 25. Lebensjahr bekommen oder die Förderung von Mehr-Kind-Familien
- Verhindern von Abtreibungen durch weitgehendes Verbot

## **VII. Bildung stärken**

Bildung ist mehr als Wissensvermittlung. Bündnis C steht für eine ganzheitliche Bildung, die Kinder in ihrer fachlichen, sozialen und persönlichen Entwicklung stärkt.

Schule und Elternhaus sollen partnerschaftlich zusammenarbeiten, unterstützt durch Vereine und soziale Angebote.

Wir fordern eine Stärkung der Lehrer als Autoritätspersonen.

Kleine Klassen, konsequentes Vorgehen gegen Mobbing und eine starke Schulsozialarbeit sind für uns unverzichtbar.

Schulen müssen saniert und Schwimmunterricht möglichst für alle Schüler gesichert werden.

Artikel 6 des Grundgesetzes normiert, dass die Erziehung und Pflege der Kinder das natürliche Recht der Eltern und die vorrangig ihnen obliegende Pflicht ist. Die Erziehung der Kinder ist die damit originäre Aufgabe und Pflicht der Eltern. Kinder brauchen für eine seelisch gesunde Entwicklung sowohl Mutter als auch Vater. Dies gilt vor allem für die ersten Lebensjahre.

Der hier verwendete Ausdruck „natürliches Recht“ ist der stärkste Rechtsbegriff im Grundgesetz.

Der Staat hat kein Recht vorzuschreiben, welches Bildungs- und Erziehungskonzept Eltern favorisieren. Ein Staat, der anstelle der elterlichen Kindeserziehung die Vermittlung von Werten, religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen an die Kinder bestimmt, ist totalitär. Ein staatlicher Eingriff in Familien ist nur dort zulässig, wo nachweislich fundamentale Grundrechte einzelner Familienmitglieder verletzt sind.

Bildung erfordert Bindung, und zwar in erster Linie zwischen Eltern und ihren Kindern. Wir wollen weniger Einflussnahme durch den Staat mittels eines echten Wettbewerbs der Betreuungs- und Bildungskonzepte.

Wir setzen uns für ein verstärktes Mitspracherecht der Eltern in den schulischen Gremien sowie des Landeselternrates hinsichtlich der Bildungspläne ein.

Dazu gehört auch, dass die Eltern und nicht der Staat bestimmen, welche Sexualerziehung ihre Kinder erhalten. Junge Menschen müssen wieder zu einem ethisch verantwortlichen Umgang mit ihrer Sexualität ermutigt werden. Die Erziehungsberechtigten sind aktiver in die Inhalte der Lehrpläne zum Sexualkundeunterricht und deren praktische Umsetzung einzubinden. Jegliche verpflichtende unangemessene frühkindliche Sexualisierung lehnen wir entschieden ab, ebenso das Einbinden externer Vereine und Organisationen, die sich Eltern gegenüber nicht verantworten können.

Außerdem fordern wir ergänzend zur Evolutionstheorie die Aufnahme der biblischen Schöpfungslehre in die Lehrpläne, um den Schülern beide Denkschulen nahezubringen.

Schulen in freier Trägerschaft sind in Anlehnung an die staatlichen Schulen angemessen zu finanzieren.

Nicht pädagogisches bzw. nicht vollständig ausgebildetes pädagogisches Personal (Seiteneinsteiger) ist hinreichend nachzuqualifizieren.

### **Wissenschaftlicher Diskurs statt politische Korrektheit**

- Freiheit von Forschung und Lehre

- Debattenkultur statt tendenziöser (Selbst-)Zensur in Politik und Medien
- Information und Wissen uneingeschränkt zugänglich machen
- öffentlich-rechtliche Medien sind zu neutraler Information verpflichtet
- Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe beenden und Gender-Lehrstühle schließen
- Schöpfungs- und Evolutionslehre gleichwertig behandeln
- Lehrplankommissionen mit Elternvertretern

## VIII. Meinungsfreiheit stärken

### **Artikel 5 Grundgesetz: Demokratie lebt von Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt**

Ein freier Wettbewerb privatwirtschaftlicher Medien und Hochschulen ist im Sinne der freien Meinungsäußerung und der Freiheit von Forschung und Lehre zu begrüßen. Unabhängig davon sollte staatlich vernünftige und insbesondere christliche Politik die Rahmenbedingungen schaffen, dass so viel wie möglich an aktuellen Informationen und vom Wissensschatz der Menschheit für alle zugänglich ist. Als christlich motivierte Verantwortungsträger achten wir darauf, dass besonders im Bereich biblisch-christlicher Lehre bzw. der Theologie und Religionswissenschaft alle Lehrkonzepte zugänglich sind. Keine Lehrtradition darf durch die Vertreter der dominierenden Sichtweise totgeschwiegen werden und in Vergessenheit geraten. Jede Sicht hat ein Recht auf faire und angemessene Darstellung durch eigene Vertreter. Weiterhin ist ein weltanschaulich einseitiger Missbrauch der Hochschulen zu unterbinden. Es zu gewährleisten, dass Wahrhaftigkeit sowie das beste Argument und nicht das weltanschauliche Klima zur Durchsetzung einer Idee beiträgt. Beispiele sind hier die Konflikte zwischen Schöpfungslehre und Evolutionslehre oder dem traditionellen Konzept von Ehe und Familie und dem Gender-Mainstreaming.

Echte Demokratie kann nur existieren, wenn es möglich ist, jede Meinung frei äußern zu können, ohne eingeschüchtert zu werden oder Repressalien befürchten zu müssen. Menschen, die aus der Sicht der Mehrheit oder der Regierung missliebige Meinungen vertreten, müssen diese genauso äußern können wie diejenigen, welche weitgehend akzeptierte Meinungen vertreten. Denk- und Diskurstabus sind ernsthafte Gefahren für Demokratie und Freiheit. Demokratie hört auf zu existieren, wenn die Mehrheit oder die politische und propagandistische Macht einer Minderheit zum Kriterium für Wahrheit und Normativität wird. In einer echten, freiheitlichen Demokratie darf es keine „political correctness“ (politische Korrektheit) im Sinne meist ungeschriebener Gesetze geben, was „man“ zu sagen hat bzw. was „man“ nicht sagen darf.

Öffentliche Auseinandersetzungen müssen fair, sachlich und ergebnisoffen geführt werden. Bündnis C setzt sich mit Nachdruck für eine umfassende Meinungs- und Gewissensfreiheit ein sowie für Wahrhaftigkeit, Ausgewogenheit und Transparenz im gesellschaftlichen Diskurs.

Jede Demokratie: braucht den offenen Austausch unterschiedlicher Meinungen. Die Meinungsfreiheit ist daher ein wesentliches Grundrecht. Vom Artikel 5 Grundgesetz gedeckte Meinungsäußerungen dürfen nicht zu persönlichen Nachteilen führen:

*„(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.*

*(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.“*

Es muss daher gewährleistet sein, dass jeder Bürger seine Meinung im Rahmen des Artikels 5 GG frei äußern kann, ohne Konsequenzen durch Zensur befürchten zu müssen. Initiativen, die die freie Meinungsäußerung begrenzen möchten, sind mit aller Entschiedenheit des Staates in die Schranken zu weisen.

Wir bekräftigen die Legitimität von sachlich wohlbegründeter Religionskritik, solange diese nicht hetzerisch oder menschenverachtend ist.

## **IX. Schutz der Bevölkerung**

Der Schutz der Bevölkerung vor besonderen Gefahren, die nicht aus eigener Kraft abzuwehren sind, ist eine der vornehmsten Aufgaben des modernen Staates. Deutschland hat für die nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr ein vertikal gegliedertes, subsidiäres und maßgeblich auf Ehrenamtlichkeit und Freiwilligkeit beruhendes Sicherheitssystem etabliert. Die kommunale Ebene zeichnet dabei für die flächendeckende Bekämpfung alltäglicher Gefahren inklusive der überörtlichen nachbarschaftlichen Hilfe verantwortlich. Feuerwehren, Rettungsdienste und die Potenziale der freiwilligen Hilfeleistungspotenziale bilden das Rückgrat der lokalen Gefahrenabwehr. Die Länder verstärken und unterstützen die kommunalen Einrichtungen und Einheiten bei der Vorsorge und der Abwehr von Gefahren, vorrangig für den überörtlichen und überregionalen Einsatz. Der Bund sorgt für den Schutz der Bevölkerung vor Gefahren und Risiken, die von internationalen Krisen, militärischen Konflikten und Kriegen ausgehen. (vgl. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe)

### **Innere Sicherheit stärken**

Die Polizei soll den Bürgern Sicherheit und Ordnung verschaffen. Die Wahrnehmung dieser Aufgabe wird immer herausfordernder. Der Gesetzgeber hat die Autorität der Polizei durch ausreichendes Personal, gute Ausbildung und ausreichende Materialausstattung zu stärken. Wir fordern den weiteren Aufbau von Polizeistellen in Mecklenburg-Vorpommern um weitere 500 Stellen innerhalb der kommenden Legislaturperiode – ohne jedoch an den fachlichen und körperlichen Einstellungs Voraussetzungen Abstriche zu machen.

### **Mit Freundschaft zu Israel dem Antisemitismus die Macht nehmen**

Antisemitismus hat viele Wurzeln und viele Ausprägungen. Wahrgenommener Antisemitismus ist klar und ohne Tabus bezüglich der Quelle zu benennen. Neben dem „typisch rechtsextremen“ Antisemitismus gibt es auch linken und islamistischen Antisemitismus, der sich weder generell auf den Islam noch pauschal auf Muslime bezieht. Gleichwohl gibt es zuletzt häufiger diese spezifische Ausprägung von Judenhass zu beobachten.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit Juden in unserem Bundesland sicher leben, ihre Religion offen ausüben und Antisemitismus von allen Seiten bestmöglich bekämpft wird.

### **Klare Statistiken**

Nur wenn die Zahlen zur statistischen Verteilung von Verbrechen auch nach Nationalität untergliedert werden, erhält man Transparenz. Mit dieser Transparenz lassen sich dann gezielte Maßnahmen zur Eindämmung und Bekämpfung der Kriminalität ableiten.

Die Bevölkerung hat ein Anrecht auf Transparenz. Von daher fordern wir für unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern:

- Die Polizei sollte in ihren Pressemitteilungen grds. immer die Nationalität / Herkunft der Tatverdächtigen angeben – auch wenn das nicht im Zusammenhang mit dem Verbrechen steht.

- Halbjährlich ist eine Statistik zu veröffentlichen, aus der hervorgeht, welche Kapitalverbrechen in welcher Anzahl begangen wurden und welche Nationalität und Personengruppen daran in welche Höhe prozentual beteiligt sind. Diese prozentuale Verteilung ist dann in das Verhältnis zum Anteil an der hiesigen Gesamtbevölkerung zu setzen

### **Ausweisung krimineller Flüchtlinge**

Flüchtlinge, die z.B. zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden und / oder Werbung bzw. Unterstützung für Terrorvereinigungen wie den sog. „Islamischen Staat“ machen, sind soweit möglich - zeitnah abzuschieben.

## **X. Gesundheit und Soziales**

*„Der vorherrschende Glaube an „soziale Gerechtigkeit“ ist gegenwärtig wahrscheinlich die schwerste Bedrohung der meisten anderen Werte einer freien Zivilisation.*

*(Friedrich August von Hayek, österreichischer Nationalökonom, Sozialphilosoph und Nobelpreisträger)*

### **Eigenverantwortung aktivieren**

#### **Das christliche Menschenbild: Gesundheit leiblich, seelisch, geistlich erhalten**

Mit der Zerstörung der Familie wurde ein zentralistisches Sozialsystem errichtet, das den Einzelnen in Abhängigkeit vom Staat bringt. Es wurde ein Anspruchsdenken gegenüber „Vater Staat“ generiert, das den Steuerzahler ausnutzt und in der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen gipfelt. Altersarmut, Pflegenotstand und einem überlasteten Gesundheitssystem muss mit Eigenverantwortung und der Sozialverantwortung der Familien begegnet werden. Es gibt kein Recht auf Gesundheit, ebenso wenig wie ein Recht auf ein Kind. Gesundheit und Leben sind nicht verfügbar und die medizinische Versorgung von den wirtschaftlichen und personellen Ressourcen abhängig. Jährliche Milliarden-Subventionen für die Krankenkassen bei gleichzeitiger Ökonomisierung der Gesundheitsversorgung mahnen Reformen des Systems an. Der Mangel an Ärzten und Pflegekräften erfordert gesündere Arbeitsbedingungen und die Entlastung von Vorschriften zur Sicherung der Grundversorgung.

Unsere gesundheitspolitischen Forderungen:

- Miteinander und Wettbewerb von GKV und PKV
- Prävention und Gesundheitsförderung priorisieren
- faire Preispolitik für Medikamente
- staatliche Subvention von Abtreibungen auf die Unterstützung werdender Mütter umlenken
- verbrauchende Embryonenforschung, Genome-Editing und Keimbahn-Intervention verbieten
- Palliativmedizin statt Sterbehilfe
- keine Organspende ohne aktive Zustimmung (Hirntod ist nicht tot)
- Impfungen müssen freiwillig bleiben
- Verbot von Leihmutterschaft

## **XI. Naturschutz – die Schöpfung bewahren**

### **Balance zwischen Mensch und Natur**

Die Umweltpolitik von Bündnis C ergibt sich aus unserer christlichen Wertevorstellung. Für Bündnis C richtet sich die Umweltpolitik nach dem Schöpfungsbericht und dem Auftrag, dass der Mensch sich die Erde untertan machen soll und über sie herrschen möge. Wir verstehen diesen Auftrag so, dass der Mensch für die Schöpfung Sorge tragen soll und die Verantwortung für ihren Erhalt trägt.

Wir sehen die Welt als Gottes Schöpfung (Genesis 1,31: „Gott sah alles an, was er gemacht hatte und siehe: Es war sehr gut.“). Der Mensch hat von seinem Schöpfer den Auftrag bekommen, die Welt zu gestalten und die Schöpfung zu bewahren.

Umweltpolitik muss daher dafür sorgen, dass auch nachfolgende Generationen in Mecklenburg-Vorpommern gesund leben können:

Für Bündnis C ist das Ziel einer verantwortlichen Umweltpolitik der wirksame Schutz von Mensch, Tier und Umwelt vor menschlich verursachten Schäden. Dies sind Einflüsse durch Schadstoffe, Lärm, oder Beeinträchtigung von Lebensräumen.

Ein weiteres Zeichen sittlichen Verfalls ist der grausame, nicht artgerechte Umgang bei der Haltung und Aufzucht von Tieren, zum Beispiel bei der Produktion von Nahrungsmitteln.

Die Umweltpolitik von Bündnis C zielt auf die strikte Anwendung des Verursacherprinzips. Es darf nicht sein, dass Dritte zugunsten von Partialinteressen Schäden oder Beeinträchtigungen in Kauf zu nehmen haben.

Unsere Forderungen für unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern:

- Wir setzen uns ein für eine Bodenerhaltung durch gesunde Fruchtfolgen statt Monokulturen; keine Förderung des weiteren Anbaus von Monokulturen wie Mais
- Erhalt und Ausbau von Waldflächen, insbesondere von Landesflächen; als wichtiger CO<sub>2</sub>-Speicher.
- Auch Moore sind als sehr gute CO<sub>2</sub>-Speicher zu erhalten bzw. ggf. weiterhin zu vernässen, um diese zu renaturieren.
- Subventionen an landwirtschaftliche Betriebe grd. nur, wenn diese neue Feldhecken und -gehölze anlegen sowie zugeschnittene Sölle wieder renaturieren.
- Die Abstandsregeln zur Wohnbebauung für Windenergieanlagen in M-V sind auf 2.000 m zu erhöhen, damit der Schutz für die Bevölkerung vor körperlichen und seelischen Beeinträchtigungen erhöht wird.
- Die Umwidmung von landwirtschaftlichen Flächen für die industrielle Produktion von Solarstrom lehnen wir ab.
- Wertvolle Biotopie wie z.B. Wälder sind grundsätzlich nicht mit Windenergieanlagen zu bebauen, da hier für die Fundamente und Wegstrecken der Schwerlasttransporter große Rodungen vorgenommen werden und wertvoller Naturraum zerstört wird.

- Bei politischen Entscheidungen sind nicht nur kurzfristige Effekte, sondern auch die langfristigen Folgen zu berücksichtigen (Nachhaltigkeit). Dies gilt auch im Hinblick auf den Ausbau der erneuerbaren Energie (z.B. Entsorgung veralteter Windräder und Solaranlagen).

**Verantwortliche Haushaltung:**

- Artgerechte Tierhaltung und lebensraumnahe Landwirtschaft
- Artenschutz und Neuzüchtung angepasster Arten
- Herbizide, Insektizide und Pestizide begrenzen zum Schutz von Bienen und Insekten
- Regionale Landwirtschaft von Vorschriften entlasten und stärken
- Sicherung der Nahrungs- und Trinkwasserversorgung
- Hochwasser- und Katastrophenschutz
- Verursacherprinzip: Unternehmen und Banken haften für verursachte Schäden

## **XII. Klimawandel und Energiewirtschaft**

Bündnis C setzt sich für die Achtung der Tiere als leidensfähige Geschöpfe und für die Bewahrung der Schöpfung ein. Diese Verantwortung muss mit Sachverstand und Augenmaß einhergehen und nicht mit einer ökologisch-sozialistischen Zivilreligion. Wir wenden uns gegen die Tendenz, Umweltszenarien zu einer Drohkulisse hochzustilisieren, um die Bevölkerung zu verunsichern und politische Machtstrukturen immer mehr zu zentralisieren. Auch bei alarmierenden Umweltthemen wie zum Beispiel im Zuge klimatischer Veränderungen darf trotz allem kein geradezu demagogischer Alarmismus entstehen, bei dem die wissenschaftliche Differenziertheit und politisch nicht gewünschte Meinungsäußerungen beschnitten werden. Bündnis C wird darauf achten, dass keine wirtschaftlich oder politisch-ideologisch motivierten Lobbygruppen die gesellschaftliche Diskussion zu diesen Themen dominieren und die Informationslage für die Allgemeinheit undurchschaubar machen. Wir sind davon überzeugt, dass Gott der Herr der Geschichte ist und seinen in der Bibel offenbarten Ratschluss über den Verlauf der künftigen Dinge zuverlässig eintreffen lassen wird. Eine nachhaltige Umweltpolitik kann daher nur im Rahmen einer Politik erfolgen, die sich bewusst wieder in allen Bereichen auf die Grundlage der Ethik stellt.

Klimawandel hat es zu allen Zeiten der Erdgeschichte auch ohne menschlichen Einfluss gegeben. Es gab auch in der Vergangenheit regelmäßige Kalt- und Warmzeiten, sowie auch Zeiten mit höherem CO<sub>2</sub>-Gehalt als heute.

Unsere Forderungen für unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern:

- eine verlässliche und sichere Energieversorgung
- Biogas fördern und an unsere Netze anbinden
- Windenergie einer ehrlichen Ökobilanz unterziehen
- bezahlbare Energie für alle
- Reduzierung des Verkaufs landwirtschaftlicher Nutzflächen an Spekulanten
- keine weiteren Subventionen für die „Energiewende“, die zu weiter steigenden Strompreisen führt
- keine neuen oder höheren Energiesteuern, die die Kosten der „Energiewende“ quersubventionieren.
- keine Umwidmung von wertvollen land- oder forstwirtschaftlichen Flächen für die industrielle Produktion von volatilem Wind- oder Solarstrom.
- Investitionen in Forschung und Entwicklung von Schlüsseltechnologien

### **XIII. Wirtschaft und Steuern**

*„Wir erkennen ein Land mit einem staatlichen (sprich: sozialistischen) Rentensystem, mit einem staatlichen Gesundheitssystem, einem staatlichen Bildungswesen, mit staatlich und gewerkschaftlich gefesselten Arbeitsmärkten, einem konfiskatorischen Steuersystem, einer Staatsquote am Sozialprodukt von 50 %, mit einem erheblich regulierten Agrarsektor und einer in ein kompliziertes Geflecht zwischen Markt und Staat eingebundenen Energiewirtschaft, mit mindestens Hunderttausend Betrieben in „kommunalem Eigentum“ (= Camouflage-Wort für Verstaatlichung) und einem staatlichen Papiergeldmonopol.*

*Wir erkennen ein Land, in dem rd. 40% der Bevölkerung ganz oder überwiegend von Staatsleistungen lebt und in welchem das gesamte Leben der Bürger von staatlichen Regelungen überwuchert ist. Wer diesen 80%-Sozialismus als Kapitalismus bezeichnet, muß mit ideologischer Blindheit geschlagen sein.“*

*(Roland Baader, ehem. deutscher Volkswirt, Privatgelehrter und Publizist)*

#### **Finanzpolitik für unsere Kinder: Geldschöpfung und Schuldenfinanzierung beenden**

Bündnis C bekennt sich zu einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung auf Grundlage biblischer Prinzipien und nach dem Grundsatz der sozialen Marktwirtschaft. Die Politik hat die wichtige Aufgabe, durch geeignete Rahmenbedingungen einen fairen und funktionierenden Wettbewerb zu schaffen, aber nicht direkt in den Wirtschaftsprozess einzugreifen. Ein durch geeignete Regeln geordneter Wettbewerb schafft Wohlstand und steht einer Konzentration wirtschaftlicher Macht, Kartellbildung und Ausbeutungsmechanismen entgegen. Menschen haben in einer solchen Ordnung den Freiraum, ihre Begabungen frei zu entfalten, und sie erfahren, dass Tugenden wie Fleiß, Disziplin, Voraussicht, Verantwortlichkeit, Redlichkeit und Wahrhaftigkeit Gutes bewirken.

Ein Staat im christlichen Sinne ist ein schlanker Staat mit einfachen, für die Bürger transparenten Strukturen. Er erhebt verhältnismäßig wenig Steuern und überlässt es weitgehend den Bürgern, gemäß ihren Wertvorstellungen mit ihren Einkommen und Vermögen zu verfahren. Einkommensabhängige Steuern sind linear, einfach und transparent gestaltet und gelten ohne Ausnahmetatbestände. Um eine mögliche Konzentration sehr hoher Vermögen auszugleichen, sind jedoch gestaffelte Erbschafts- und Schenkungssteuern auf sehr hohe Vermögen denkbar.

Wo der Staat hingegen allgemein hohe Steuern und Abgaben erhebt und die Geldströme lenkt, bestimmt zwangsläufig eine politische Elite, nach welchen Wertmaßstäben die Gelder verwendet werden, welche die Bürger erarbeitet haben und die eigentlich ihnen gehören. Gleichzeitig werden dadurch einer bestimmten Klientel durch die Politik Vorteile verschafft – auf Kosten der anderen. Hier sagt die Bibel klar: „Wer viel Steuern erhebt, richtet das Land zugrunde“ (Sprüche 29,4). Der Staat darf zudem dasjenige, was die Bürger erarbeitet haben, nicht zweckentfremden. Er muss mit den Steuergeldern so sparsam wie möglich umgehen und muss sie zugunsten seines eigenen Staatsvolks, von dem er die Steuern erhoben hat, einsetzen. Insbesondere steht der Staat denen gegenüber in besonderer Verantwortung, von denen er die Steuern erhebt.

Bündnis C wendet sich gegen jede Bevormundung des Bürgers durch den Staat und seine Institutionen. Bürokratie und Regulierungen sind deutlich zurückzuführen. Der Staat hat auf geringe Staatsausgaben und auf schlanke Verwaltungsstrukturen zu achten; er sollte insbesondere im Hinblick auf die junge Generation möglichst keine neuen Schulden machen und keine Bürgschaften übernehmen (Sprüche 6,1-5; 11; 15). Das derzeitige, hochkomplizierte Steuersystem mit

unzähligen Ausnahmetatbeständen ist durch ein lineares, einfaches und transparentes Steuersystem ohne Ausnahmetatbestände zu ersetzen.

### **Beziehungsorientiert statt finanzzentriert**

Das Schrumpfen der Wirtschaft wurde seit langem durch eine schrumpfende Bevölkerung und fehlenden Nachwuchs vorbereitet. Der ist auch mit Milliarden-Hilfsfonds nicht zu ersetzen. Die kommende Wirtschaftskrise bietet die Chance, statt auf Konsum und Wachstum den Wirtschaftskreislauf neu auf Qualität und Vertrauen, Fairness und Gegenseitigkeit, Wettbewerb und Kooperation zu bauen. Eine Wirtschaft, die dem Gemeinwohl dient, ist menschenzentriert statt finanzzentriert. Sie schöpft das Potenzial der Technologie unter Achtung der Menschenwürde und dem Schutz der Umwelt aus. Sie besteht auf Transparenz und plant und arbeitet langfristig. Sie denkt inklusiv für alle beteiligten Interessengruppen und schafft gemeinsame Werte. Wir stellen das Leben von Familien und Kommunen vor ein Wirtschaftswachstum um jeden Preis.

### **Wirtschaft und Finanzsystem im Dienst des Gemeinwohles**

- Marktwirtschaft: fair, kooperativ und effizient
- Nachhaltigkeit mit familiengerechten Arbeitsbedingungen
- Bürokratieabbau und einfacheres Steuersystem
- Öffentliche Verwaltung reduzieren und sinnvoll digitalisieren
- Abbau von Staatsschulden und Subventionen
- Das Finanzsystem als Dienstleister der Wirtschaft
- Bargeld als Zahlungsmittel erhalten

#### **XIV. Europa und EU**

**Konföderales Europa: Eine Familie souveräner Nationalstaaten**

**Die christlichen Wurzeln Europas fruchtbar machen**

**Weniger Regulierung, mehr Differenzierung:**

- Mehr Kontrolle und Mitsprache der nationalen Parlamente
- EU-Gesetzgebung auf das Nötigste reduzieren und so weit wie möglich in die Eigenständigkeit der Staaten zurück geben
- Initiativrecht der Europäischen Kommission nur, wo die EU die volle Zuständigkeit besitzt
- Regionale Initiativen mit gemeinsamen kulturellen, historischen oder wirtschaftlichen Interessen fördern
- Fairer europäischer Binnenmarkt
- Neben Mitgliedschaft EU-Partnerschaft möglich machen
- Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beenden

## **XV. Außenpolitik und Verteidigung**

### **Für eine Kultur der Freiheit**

Wir unterstützen in der Außenpolitik politische und gesellschaftliche Akteure, die für Freiheitsrechte und eine Regierungsführung unter Beteiligung aller Volks- und Religionsgruppen arbeiten. Mit einer Kultur der Freiheit wird Extremismus, Islamismus und Terrorismus der Nährboden entzogen. Damit setzen wir uns am effektivsten für unterdrückte Minderheiten ein und unterstützen verfolgte Christen.

Rüstungs-, Handels- und politische Abkommen mit der Türkei, dem Iran, Saudi-Arabien und anderen Autokratien sind an die Gewährung von Religions- und Gewissensfreiheit zu binden und an die Achtung der Souveränität der Nachbarstaaten. In den zunehmenden internationalen Spannungen sind besonders die Beziehungen zu den USA, Russland und China zu klären. Für unsere Verteidigung stehen wir zu Deutschlands Verpflichtungen in der NATO zum gemeinsamen Schutz des europäischen Kontinents.

### **Deutschland an der Seite Israels:**

- Das Staatsgebiet Israels anerkennen – keine Zwei-Staaten-Lösung
- Anerkennung Jerusalems als ungeteilte Hauptstadt Israels
- Die Deutsche Botschaft nach Jerusalem verlegen
- Die Beziehungen zu Israel in Politik und Wirtschaft, Forschung und Innovation, Kultur und Kunst, Jugendaustausch und Kirchen ausbauen
- Freiheitlich-demokratische Kräfte in den Nachbarländern unterstützen
- keine Sanktionen gegen Israel